

NEUE BEISPIELE AUS DER ARBEITSWELT

Strukturen gegen Fremdenfeindlichkeit

Dass Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus nicht durch eine über den Sommer geführte Debatte von der Bildfläche verschwinden, dürfte unbestritten sein. Damit gute Vorschläge nicht verloren gehen, ist es wichtig, Strukturen zu schaffen, die einen zwingen, zu handeln.

Für Gewerkschaften besteht am ehesten in der Arbeitswelt die Möglichkeit, dies zu schaffen. Ein Beispiel ist der im Sommer geschlossene Manteltarifvertrag für die Auszubildenden bei der Deutschen Telekom. In Absatz 5 heißt es: „Die Tarifvertragsparteien wirken im Rahmen der beruflichen Erstausbildung auf eine angemessene Werteorientierung der Auszubildenden in der Gesellschaft, deren verantwortungsvolle Mitgestaltung und auf einen toleranten und gewaltfreien Umgang hin.“ In einer Ergebnisdokumentation ist festgelegt, dass in den Bereich Werteorientierung auch die Themen Anti-Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einbezogen werden.

In einer gemeinsamen Erklärung zu dem Manteltarifvertrag verweisen Deutsche Telekom und Postgewerkschaft darauf, dass „Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft weder mit der Unternehmenskultur, noch mit den Unternehmenszielen vereinbar“ sind.

Auch in der Metall- und Elektroindustrie – dies haben IG Metall und Gesamtmetall erklärt – soll in den Betrieben nicht nur eine reine Fachausbildung vermittelt werden. Unter dem Titel „Zusammen arbeiten – zusammen leben – zusammen lernen mit Ausländern“ sollen in fünf Unterrichtseinheiten Vorurteile entkräftet, historische Zusammenhänge erklärt und die Bedeutung von Einwanderung und der internationalen Verflechtung der Wirtschaft herausgearbeitet werden.

Auf betrieblicher Ebene im Metallbereich

werden derzeit neue Betriebsvereinbarungen zum Thema Antidiskriminierung bzw. Gleichbehandlung verhandelt, so etwa bei Opel Rüsselsheim und parallel dazu im Eisenacher Werk des Autoherstellers. Im Vorfeld hat es einen Informationsaustausch mit dem Betriebsrat von VW Wolfsburg gegeben. Bei VW wurde 1996 eine Betriebsvereinbarung gegen Diskriminierung unterzeichnet, (siehe Forum Migration Nr. 11) die sich bislang bewährt hat.

Vorbereitungen für eine Betriebsvereinbarung zur Gleichbehandlung laufen auch bei Opel in Bochum. Schließlich haben auch bei Daimler-Chrysler Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zu Antidiskriminierung begonnen.

Inhalt

SEITE 2

- Streit um UNO-Zahlen
- Zehn Jahre IDA
- IG BCE: Vielsprachige Einbürgerung

SEITE 3

- Tagung zur EU-Osterweiterung
- Globalisierung und Migration
- Migrationsdialog Ost-West 1999

SEITE 4

- Sichtweisen von Migranten über Fremdenfeindlichkeit in Deutschland
- Lohn auch für Illegale

Kalender

... NOCH 92 TAGE

Einbürgerung von Kindern
Viel Zeit bleibt nicht mehr. Nur noch in diesem Jahr besteht die Möglichkeit, dass Kinder ausländischer

Eltern, die am 1. Januar 2000 noch keine zehn Jahre alt waren, die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen können. Ihre Eltern müssen einen entsprechenden Antrag stellen. Sie haben dann die gleichen Rechte wie ihre deutschen

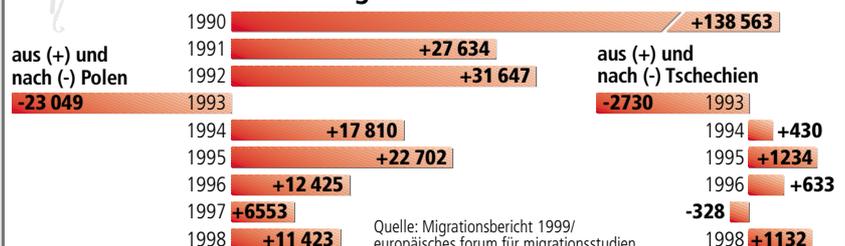
Mitschüler, etwa was visum-freies Reisen angeht.

Informationen zur Wieder-einbürgerung (Flyer bzw. Info-Mappe für Multiplikatoren) können bestellt werden bei:

toennes sätz + druck gmbh, Postfach 3262, 40682 Erkrath
Fax: 0211 / 920 08 - 38
reisener@toennes-gruppe.de

Zahlenwerk

Wanderungssaldo nach Polen und Tschechien



Das Kriterium für Zu- bzw. Fortzug in Deutschland ist der Wohnortwechsel über die Grenze. Damit sind Aussiedler, die wahrscheinlich in Deutschland bleiben wollen, ebenso in der Statistik enthalten wie Werkvertrags- und Saisonarbeiter, die nach einer festgelegten Frist wieder ausreisen müssen. Das lässt im europäischen Vergleich die Zahlen relativ hoch erscheinen.

Streit um UNO-Zahlen

Als die Bevölkerungsabteilung der UN im Frühjahr ihre Prognose über die demografische Entwicklung in insgesamt neun Ländern veröffentlichte, rief das einiges Staunen über die Größe der darin veröffentlichten Zahlen hervor. Um die Zahl der Erwerbsbevölkerung (die 15- bis 65-jährigen) konstant halten zu können, müssten bis 2050 rund 25 Millionen Menschen netto nach Deutschland einwandern. Die damit in Verbindung gebrachte Frage nach Sicherung der Renten angesichts niedriger Geburtenraten und steigender Lebenserwartung wird mit dieser Zahl aber nicht beantwortet. Dann nämlich müsste das Verhältnis von den über 65-jährigen zu den 15- bis 65-jährigen (Altersquotient) gleich bleiben. Das würde eine Nettozuwanderung von 188 Millionen erforderlich machen.

Nimmt man als Minimum für eine Integration der Zuwanderer – entsprechend dem niederländischen Beispiel – einen Betrag von 25.000 Mark pro Kopf, ergibt das eine Summe von 4,7 Billionen Mark oder 94 Milliarden jährlich.

Auf einer informellen Sitzung der Innen- und Justizminister der EU Ende Juli in Marseilles hat die französische Präsidentschaft Methode und Daten der UNO kritisiert. Unter anderem sei eine stabile Entwicklung der untersuchten Länder vorausgesetzt und Produktivitätszuwachs,

Arbeitsmarktentwicklung, Verbreitung neuer Beschäftigungsformen, Verlängerung des Erwerbslebens vernachlässigt worden.

Unabhängig davon plädierte der (damalige) Innenminister Jean-Pierre Chevènement dafür, weltweite Migrationsströme durch Unterstützung der Herkunftsländer zu zügeln und die bestehende Zuwanderung nach Europa durch aktive Integrationsmaßnahmen zu begleiten. Bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Realität, so Chevènement, werden bis zum Jahr 2050 rund 73 Millionen Menschen in die EU einwandern. Deshalb sei es notwendig, „der Öffentlichkeit klar und deutlich zu verstehen zu geben, dass Europa ein Einwanderungsgebiet, ein Ort der ethnischen wird“. Aus Sicht Frankreichs sei dies eine positive Entwicklung, die zur Bereicherung beiträgt. ■



Die Clearing-Stelle zum Staatsangehörigkeitsrecht: Neue Hotline

Die Clearing-Stelle zum Staatsangehörigkeitsrecht, die vom Interkulturellen Rat eingerichtet wurde (siehe Forum Migration Nr. 11) hat für die Beratung in schwierigen Einzelfällen jetzt eine Hotline eingerichtet. Sie ist montags von 10.00 bis 12.00 Uhr für Beraterinnen und Berater geschaltet und von 16.00 bis 18.00 Uhr für Betroffene: 061 51/33 91 96

Schriftliche Anfragen können per E-Mail gerichtet werden an: star@interkultureller-rat.de

Neue Aufgaben

In diesem Jahr ist das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) zehn Jahre alt geworden. Eine Aufgabe von IDA ist es, Informationen zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus, Flucht und Migration zu sammeln und diese interessierten Organisationen zur Verfügung zu stellen. IDA richtet sich im wesentlichen an Jugendverbände und Vereine und Initiativen aus der Jugendarbeit. Daneben veranstaltet IDA Fachtagungen, Seminare und Workshops zu den genannten Themenbereichen. Gleichzeitig unterstützt IDA Verbände und Organisationen bei der Vorbereitung und Durchführung von Tagungen.

Mitglieder bei IDA waren bislang im wesentlichen die Jugendverbände des Bundesjugendrings, der Sportjugend und des Rings politischer Jugend. Seit kurzem können auch Selbstorganisationen von jugendlichen Migrantinnen und Migranten Mitglieder werden, wenn sie bundesweit aktiv sind. Damit – so IDA-Leiterin Ulla Siebert – dürften sich neue Aufgabenfelder auftun. Die Organisationen ausländischer Jugendlicher werden ihre Interessen und Erwartungen formulieren und die müssen und werden laut Siebert dann auch berücksichtigt werden. ■

Vielsprachige Einbürgerung

Ein Informationsblatt zum Staatsbürgerschaftsrecht mit dem Schwerpunkt Kindereinbürgerung in 17 Fremdsprachen vertreibt die Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der IG Bergbau, Chemie, Energie. Damit sind fast alle europäischen Sprachen abgedeckt. Grundlage des Infos ist eine Veröffentlichung des Landesentrums für Zuwanderung Nordrhein-Westfalen. ■

Bestellungen oder Informationen bei: IG BCE, Königsworther Platz 6, 30167 Hannover
Tel.: 0511/76 31-229
Fax: 0511/76 31-768
E-Mail: giovanni.pollice@igbce.de

Informationen: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung, Friedrichstr. 61a
40217 Düsseldorf
Tel.: 0211/37 10 26
Fax: 0211/38 21 88
E-Mail: Info@IDAeV.de
Internetadresse: www.IDAeV.de

Fakten gegen Befürchtungen

Wenn von der EU-Osterweiterung die Rede ist, wird kaum darüber gesprochen, welche Vorteile der erweiterte Markt für alle – die alten und die neuen Mitgliedsländer – bringt und auch nicht, was das für eine friedliche Zukunft bedeute, wenn sich Staaten verbünden, die sich vor einem Jahrzehnt noch hochbewaffnet feindlich gegenüber standen. Die Rede ist vielmehr von möglichen immensen Wanderbewegungen in die alte EU.

Damit, was tatsächlich geschieht, bzw. geschehen kann, befasste sich Anfang September eine Tagung bei der Evangelischen Akademie Mülheim an der Ruhr, bei der das Migrationsreferat des DGB Mitveranstalter war.

Wie viele Beschäftigte aus Osteuropa tatsächlich die Freizügigkeit nutzen werden, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine Modellrechnung, die auf europäischer Ebene erstellt wurde, stellte Elmar Hönekopp vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) vor. Faktoren, die einfließen, sind u.a. Erfahrungen mit der Süderweiterung, die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und die Arbeitsmarktsituation in den potentiellen Aufnahmeländern. Entsprechend der Studie dürften aus den zehn Beitrittskandi-

daten nach Öffnung der Grenzen zusammen jährlich 300 000 Arbeitskräfte in die alte EU kommen, davon 200 000 nach Deutschland. Da nicht alle Länder gleichzeitig beitreten werden, würden diese Zahlen sich strecken. Bezogen auf die Staaten, deren Beitritt am ehesten zu erwarten ist – Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei – liegen die Schätzungen für die Wanderungsbewegung nach Deutschland bei knapp über 100 000.

All das sind Zahlen, die kaum als dramatisch zu bewerten wären. Anlass zur Sorge ist eher etwas anderes. Neben der Arbeitnehmerfreizügigkeit soll auch die Dienstleistungsfreiheit eingeführt werden. Hierbei gibt es aber die Erfahrung, dass vor allem im Baubereich diese oft dazu genutzt wird, illegale Praktiken zu verdecken.

Insgesamt gibt es natürlich Probleme bei der Osterweiterung, die gelöst werden müssen. Ansatz – so Leo Monz vom Migrationsreferat – könne es aber nicht sein, auf Fristen zu schieben, vielmehr müssten Heranführungsprogramme organisiert werden, die den Herausforderungen gerecht werden. Denn lohnend ist die Erweiterung der EU allemal, nicht nur die nach Osteuropa. ■

Seminar

Auch für den Rest des Jahres gibt es noch etwas zu lernen.

Zum Beispiel:

S7: Sozialpolitik und Migration – grenzüberschreitende Sozialleistungen

29. Oktober bis 1. November 2000. DGB-Bildungszentrum Niederpöcking

In dem Seminar geht es um Fragen sozialer Sicherheit für Drittstaatsangehörige, Asylbewerber und Flüchtlinge, Migranten aus Mittel- und Osteuropa und um die aktuelle Entwicklung des europäischen Sozialrechts.

Informationen und Anmeldung:

anna.tastsoglou@bundesvorstand.dgb.de
Tel.: 0211 / 43 01 - 141

Unter dieser Adresse kann auch ein Flyer bestellt werden, der über die Bildungsveranstaltungen des Referats Migration im zweiten Halbjahr 2000 informiert.

Globalisierung und Migration

Bei der Vermutung, es werde „in eine einmal eingeschlagene Richtung weitergehen“ solle man sehr vorsichtig sein, so der amerikanische Migrationsforscher Phil Martin. Sein historisches Beispiel: Zu Beginn des letzten Jahrhunderts kamen jährlich eine Million Migranten aus Süd- und Osteuropa in die USA. 1929 – mit der Weltwirtschaftskrise – war das auf einen Schlag vorbei.

Die von Martin vorgestellte Sicht auf weltweite Migration ist ein Beitrag in der Dokumentation der Tagung „Globalisierung und Migration“, die – veranstaltet vom Migrationsreferat – im Juli 1999 stattfand. Andere Beiträge befassen sich u.a. mit den Rechten von Wanderarbeitnehmern und der Bedeutung internationaler Abkommen für Arbeitsmigranten. ■

Globalisierung und Migration (Tagungsdokumentation)

Migrationsdialog Ost-West 1999 (Tagungsdokumentation)

Bestellungen jeweils bei:
toennes satz + druck gmbh,
Postfach 3262, 40682 Erkrath
Fax: 0211 / 9 20 08 - 3 8
reisener@toennes-gruppe.de

Migrationsdialog Ost-West 1999

Dass es bei der Osterweiterung der EU verschiedene Verhandlungsrunden und Geschwindigkeiten gibt, ist bekannt. Deshalb machen die Gewerkschaften noch lange keine Unterschiede zwischen den Beitrittskandidaten. Und da es produktiver ist, über Inhalte zu streiten und Gemeinsamkeiten zu finden als über Fristen zu grübeln, trafen sich Gewerkschafter aus sieben osteuropäischen Ländern mit Vertretern von DGB und ÖGB Ende September bis Anfang Oktober 1999 in Sofia zum Migrationsdialog – dem fünften mittlerweile.

Themen waren Dienstleistungsfreiheit, Antidiskriminierung/ Gleichbehandlung und die Situation von Roma in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern. Die Dokumentation ist gerade erschienen. ■

FREMDENFINDLICHKEIT

Sichtweisen

Was denken eigentlich die potentiellen Opfer von Fremdenfeindlichkeit über die Situation in Deutschland? Einige Zitate aus Gesprächen:

Vasa Sajn kommt aus Ex-Jugoslawien. Er lebt seit 27 Jahren in Deutschland, in Göppingen. Der Postfacharbeiter ist Mitglied im Ausländerausschuss der Stadt und Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländervertretungen Baden-Württemberg.

Ich bin froh, dass ich mich nicht von Rechtsradikalen bedroht fühle. Ich bin hier in Deutschland aufgewachsen und ich fühle mich hier wohl. Ausländerfeindlichkeit gibt es in jedem Land. Wenn man in Urlaub fährt, dann laufen einem auch ein paar Rechtsradikale über den Weg. Vielleicht würde ich das anders sehen, wenn ich schon einmal bedroht worden wäre.

Bei und im Ausländerbeirat ist Fremdenfeindlichkeit kein Thema. Wir bereden die kommunalen Probleme, über Schule, Kindergarten und so weiter.

Es ist mir sehr wichtig, dass die Debatte jetzt läuft. Da kann dann auch mal über andere Dinge, die Ausländer betreffen, geredet werden. Es gibt Leute, die schon 20 Jahre hier eine Wohnung haben und arbeiten. Warum sagt man denen nicht: Jetzt bekommt ihr eine normale Aufenthaltserlaubnis. Und auch die Einbürgerung der ersten Generation, die in den 50er Jahren gekommen ist, muss erleichtert werden. Die Leute beziehen jetzt hier ihre Rente und leben hier.

Nguyen kommt aus Vietnam. Er tingelt mit Textilien über Märkte in Brandenburger Kleinstädten, lebt in Berlin (Ost).

Nein, Angst hab ich nicht, nicht am Tag. Diese Leute kommen auch zu mir an den Stand und kaufen was. Da gibt es schon einmal blöde Bemerkungen, aber die bezahlen.

Wenn es dunkel wird, bau ich den Stand ab. Diese Leute sind im Dunkeln gefährlich – und wenn sie getrunken haben.

Abends geh ich eigentlich nie raus. Wir haben ein Kind, mit dem spielen wir.

Ja, wenn das Geschäft gut laufen würde... Wir würden gerne in den Westen ziehen. Ich glaube, das geht bald. So viel teurer sind die Wohnungen in Neukölln auch nicht.

Idil Lacin lebt seit 1962 in Deutschland, seit 1963 in Berlin. Sie arbeitet als Sozialpädagogin an einer Schule in Kreuzberg, wo sie 12- bis 18-jährige Jugendliche betreut.

Die Debatte über Fremdenfeindlichkeit berührt die Jugendlichen kaum. Kreuzberg ist eine ‚Schutz-Ecke‘, wo sie sicher leben. Die interessieren vielmehr die Konflikte im Kiez. Das sind Konflikte, die es überall zwischen Jugendlichen gibt.

Nach der Maueröffnung bin ich erst sehr zögerlich in den Osten gegangen. Ich hatte das Gefühl, dass ich unerwünscht bin, nicht weil ich Ausländerin bin, sondern weil ich aus dem Westen kam. Ich war noch nicht fremdenfeindlichen Angriffen ausgesetzt. Vielleicht liegt das daran, dass ich nicht auf den ersten Blick als Ausländerin zu erkennen bin. Aber ich weiß von vielen, die angemacht wurden. Einer Jugendgruppe aus unserer Schule ist das auch schon passiert.

Nur mit Sozialarbeit werden wir das Problem Ausländerfeindlichkeit nicht lösen. Die Politik muss die richtigen Zeichen setzen, etwa durch ein Antidiskriminierungsgesetz, das die Grundlagen für Toleranz stärkt. Es kommen aber Zeichen, die in eine andere Richtung weisen. Wenn etwa bei uns der muttersprachliche Unterricht abgeschafft werden soll oder wenn je nach politischer Wetterlage am Asylrecht gefummelt wird, dann signalisiert das: Ausländer sind eigentlich unerwünscht. Und diese Signale greifen die Rechten auf ihre Weise auf.

LOHN AUCH FÜR ILLEGALE

Entgegen einer öfter geäußerten Vermutung haben auch illegal Beschäftigte Anspruch auf Bezahlung. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 16. Dezember 1976 ist ein Arbeitsverhältnis mit einem Ausländer, für das keine Arbeitserlaubnis erteilt wurde, nicht nichtig, allerdings ist seine Realisierung verboten. Dieses Verbot bewirkt aber nicht, dass für geleistete Arbeit kein Anspruch auf Entlohnung besteht. Hier sind zwei unterschiedliche Rechtsbereiche betroffen. Das Verbot wirkt in einem Außenbereich, während der Anspruch auf Bezahlung einen Innenbereich – das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer – betrifft.

Almanya'da birlikte yasayalim

BERLINER REDE AUF TÜRKISCH

Nachdem die Berliner Rede von Bundespräsident Johannes Rau bereits im Internet auf Türkisch – neben anderen Sprachen – zur Verfügung steht, ist die nun auch als Broschüre erhältlich: Korkmadan ve hayal kurmadan: Almanya'da birlikte yasayalim – Ohne Angst und Träumereien:

Gemeinsam in Deutschland leben.

Bestellungen bei: Bundespräsidialamt, Spreeweg 1, 10557 Berlin

Impressum

FORUM MIGRATION

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Referat Migration Burgstr. 29-30 10178 Berlin Tel. 030 / 2 40 60-742 **Erscheinungsweise** monatlich **Verantwortlich** für den Inhalt: Leo Monz **Koordination:** Isabel Basterra **Redaktion:** Bernd Mansel, Berlin **Layout:** Zang Grafik Design, Sprockhövel **Druck und Vertrieb:** toennes satz + druck gmbh, Erkrath **Forum Migration** wird mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung gefördert.